



^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

OESCHGER CENTRE
CLIMATE CHANGE RESEARCH

Oeschger Centre, Hochschulstrasse 4, CH-3012 Bern

10. März 2023,

Das **Oeschger Centre for Climate Change Research**, <http://www.oeschger.unibe.ch/>, zusammen mit dem Institut für Öffentliches Recht und dem Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern, bietet per 1. September 2023 oder nach Vereinbarung die folgende Stelle an.

Postdoc “Climate Federalism” Universität Bern, Schweiz

(80-100%, zwei Jahre, mit Möglichkeit einer einjährigen Verlängerung)

Föderal organisierte Staaten bieten distinktive Vorteile in Umgang mit Minderungs- und Anpassungsmassnahmen zum Schutz des Klimas, stehen dabei aber auch vor vielfältigen Herausforderungen. Auf der Ebene der Gliedstaaten (Kantone, Städte, Gemeinden) können etwa neue Lösungsansätze getestet werden, bevor sie vertikal und horizontal diffundieren. In diesem Sinne fungieren Gliedstaaten als «Laboratorien» neuer Lösungs- und Regulierungsansätze. Allerdings besteht eine erhebliche Unsicherheit über die dazu notwendigen Rahmenbedingungen, wie beispielweise ein klares rechtliches Mandat, Ressourcenlage oder die grösseren sozio-politischen Umgebungsfaktoren. Ohne dieses Wissen besteht die Gefahr, dass Regelungsansätze und Verantwortlichkeiten verlagert werden, ohne dass nennenswerte Massnahmen getroffen und Zielvorgaben erreicht werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Kriterien (z.B. institutioneller Rahmen, Rechtsgrundsätze, Rolle und Kompetenzen involvierter Akteure) einer effektiveren Klimapolitik und -gesetzgebung der Schweiz dienlich sind oder diese behindern.

Der/die angehende PostdoktorandIn wird dieser Frage an der Schnittstelle zwischen Rechts- und Politikwissenschaft nachgehen. Je nach Fachgebiet und Schwerpunkt der Kandidatin resp. des Kandidaten wird diese/r entweder am Institut für Öffentliches Recht oder am Institut für Politikwissenschaft angegliedert sein. Der/die PostDoc wird eng und interdisziplinär unter der gemeinsamen Betreuung von Dr. Charlotte Blattner (Öffentliches Recht) und Prof. Dr. Karin Ingold (Politikwissenschaft) arbeiten.

Profil

Die/der erfolgreiche BewerberIn verfügt über einen Dokortitel in Politikwissenschaft oder im öffentlichen Recht, vorzugsweise mit fundiertem Fachwissen föderaler Strukturen und/oder im Umweltmanagement. Die/der KandidatIn spricht fließend Deutsch oder Französisch und verfügt über gute Englischkenntnisse. Erfahrung in der Durchführung von Interviews, der Analyse von Gesetzestexten sowie vertiefte Kenntnisse des föderalen Systems der Schweiz sind von Vorteil.

Details

Arbeitsbeginn ist der 1. September 2023 oder nach Vereinbarung. Die Anstellungsbedingungen und die Entlohnung richten sich nach den Standards der Universität Bern. Das Gehalt liegt zwischen 88'000 und 100'000 CHF p.a. (Bruttogehalt; ca. 90-100.000 US\$). Für weitere Informationen können Sie gerne Frau Dr. Charlotte Blattner (charlotte.blattner@unibe.ch) kontaktieren.

Bewerbungen

Bewerbungen sind bis zum 30. April 2023 einzureichen. Spätere Bewerbungen werden berücksichtigt, bis die Stelle besetzt ist. Die Bewerbungsunterlagen sind in einem einzigen PDF-Dokument mit Lebenslauf, Motivationsschreiben, einer Skizze des geplanten Projekts (max. eine Seite) und Kontaktinformationen für drei Referenzen per E-Mail an info.oeschger@unibe.ch zu senden.